

Stand: 27.06.2026 21:43:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9036

"Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9036 vom 27.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/10014 des UV vom 29.01.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 11.03.2026
4. Beschluss des Plenums 19/11782 vom 28.04.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 78 vom 28.04.2026



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Christin Gmelch, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

### **Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz mündlich über die Folgen des Schlachthofsterbens für das Tierwohl in Bayern zu berichten. Dabei ist auf folgende Fragen einzugehen:

1. Welche durchschnittliche Zunahme der Transportdauer für Nutztiere (z. B. Rinder, Schweine, Geflügel) in Bayern hat sich seit 2020 durch das Schließen von Schlachthöfen ergeben und wie wirkt sich dies auf die Einhaltung der EU-Transportverordnungen aus?
2. Wie hat das Schlachthofsterben die Struktur der Supply Chains in Bayern verändert, insbesondere hinsichtlich der Abhängigkeit von überregionalen oder ausländischen Schlachthöfen, und welche Risiken ergeben sich daraus für die Versorgung von Tieren?
3. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe in Bayern (z. B. höhere Kosten, verzögerte Abnahmen) resultieren aus den veränderten Supply Chains und wie wirken sich diese auf das Tierwohl aus?
4. Inwiefern hat das Schlachthofsterben zu einer Zunahme des Tierleids geführt, z. B. durch höhere Sterberaten während längerer Transporte oder in überfüllten Warteschlangen vor Schlachthöfen?
5. Welche messbaren Änderungen in der Fleischqualität (z. B. pH-Wert, Zartheit, Kontaminationsrisiken) sind auf das Schlachthofsterben zurückzuführen und wie wirken sich diese auf Verbraucherschutz und Export aus?
6. Hat die Regierung Daten zu einer Zunahme von Qualitätsmängeln durch verlängerte Transporte und welche Standards werden eingeführt, um die Fleischqualität zu sichern?

### **Begründung:**

In den letzten Jahren hat sich in Bayern ein besorgniserregender Trend abgezeichnet: Das sogenannte Schlachthofsterben, also der Rückgang und die Schließung zahlreicher Schlachthöfe aufgrund wirtschaftlicher Druckfaktoren, regulatorischer Anforderungen und veränderter Marktdynamiken. Laut Berichten des Umweltbundesamts und des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus ist die tierische Erzeugung eine tragende Säule der bayerischen Landwirtschaft, die jedoch zunehmend unter Druck gerät. Dieser Rückgang führt zu längeren Transportwegen für Nutztiere, Veränderungen in den Lieferketten und potenziellen Beeinträchtigungen des Tierwohls.

Besonders oft werden erhöhtes Tierleid durch verlängerte Transporte, Störungen in den Supply Chains, potenzielle Verschlechterungen der Fleischqualität und Anpassungen in den Haltungsbedingungen registriert. Diese Missstände gilt es vonseiten der Staatsregierung klar zu benennen, um zukünftig politische Korrekturen einleiten zu können.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz**

**Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Christin Gmelch, Harald Meußgeier und  
Fraktion (AfD)**  
Drs. 19/9036

**Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**  
Mitberichterstatterin: **Dr. Petra Loibl**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 29. Januar 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Alexander Flierl**  
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Europaangelegenheit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das komplette Hohe Haus. Gibt es Gegenstimmen? – Das sehe ich nicht. Enthaltungen? – Das sehe ich auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten bzw. Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion nach § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeit**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Januar 2026 (Vf. 1-VII-26) betreffend  
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 2 Abs. 2 Satz 2, Art. 5 Abs. 1 und 2, Art. 6 Abs. 1, Art. 9 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Ladenschlussgesetzes (BayLadSchlG) vom 25. Juli 2025 (GVBl. S. 246, BayRS 8050-20-A)

PII-3001-2-44-1  
 Drs. 19/9986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren  
 II. Die Klage ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.  
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Europaangelegenheit**

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Bank- und Finanzdienstleistungen  
 Reform der europäischen Risikokapital- und Wachstumskapitalfonds  
 15.01.2026 - 12.03.2026  
 Drs. 19/9801, 19/10728

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und  
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf  
 Drs. 19/10728 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die  
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss  
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,  
 Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Modernisierung und Entbürokratisierung durch Einführung eines  
 landesweiten nachhaltigen Modellrechts „Schnelles Bauen“  
 Drs. 19/8583, 19/10059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayern 2040 – Klimaneutral leben. Einfach machen.  
Drs. 19/8830, 19/10019 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)  
Gefährdung des Vogelschutzes durch Windkraftanlagen in Bayern  
Drs. 19/8884, 19/10018 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)  
Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang – Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen  
Drs. 19/8886, 19/10037 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Bayern kann es schaffen – am Klimaziel 2040 festhalten  
Drs. 19/8887, 19/10017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Rettung des Schlachthofs Landshut – regionale Wertschöpfung, Tierschutz und Arbeitsplätze sichern  
Drs. 19/8910, 19/10016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU  
Verdoppelung der Förderzeiträume für die Jugendarbeit  
Drs. 19/8959, 19/10011 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Ralf Stadler und Fraktion (AfD)  
Schlachthöfe als Teil der Daseinsvorsorge in Bayern erhalten:  
Jetzt tragfähige Zukunftskonzepte auf den Weg bringen  
Drs. 19/8993, 19/10015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Christin Gmelch, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)  
Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl  
Drs. 19/9036, 19/10014 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)  
Anhörung zu Auswirkungen von Schlachthofschließungen auf das Tierwohl  
Drs. 19/9037, 19/10013 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Naturschutz 2.0: Gutachten raus aus dem Archiv – rein in die Zukunft  
Drs. 19/9051, 19/10012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Anhörung zum autonomen Fahren  
Drs. 19/9691, 19/10057 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Gerd Mannes, Christin Gmelch, Harald Meußgeier** und  
**Fraktion (AfD)**

Drs. 19/9036, 19/10014

**Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Paul Knoblach

Abg. Marina Jakob

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Martin Böhm

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die Tagesordnungspunkte 12 und 13 auf:

**Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Christin Gmelch, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)**

**Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl  
(Drs. 19/9036)**

und

**Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)**

**Anhörung zu Auswirkungen von Schlachthofschließungen auf das Tierwohl  
(Drs. 19/9037)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Gerd Mannes. Bitte schön, Sie haben das Wort, jetzt Ihre eigene Rede.

(Beifall bei der AfD)

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die wirtschaftliche Situation in Deutschland – ich durfte es gerade ausführen – ist eine Katastrophe. Das betrifft leider auch die Landwirtschaft in Bayern. Bilderbuchbauernhöfe und Almwiesen gibt es nur noch in Politikerbroschüren der Staatsregierung; die Realität sieht halt leider anders aus. Frau Kaniber, ich habe Ihren Agrarbericht gelesen. Der zeigt kein gutes Bild. Wir erleben ein drastisches Höfesterben. Sie haben es präsentiert; ich weiß das von Ihnen. Gründe sind die bürokratischen Auflagen und die unbefriedigende wirtschaftliche Situation. Noch gibt es in Bayern 100.000 landwirtschaftliche Betriebe, die allermeisten davon familiengeführt. Wir stellen uns aber die Frage: Wie lange noch?

Besonders katastrophal ist die Situation in der Nutztierhaltung. Von 2021 bis 2023 haben allein 12 % der Mastschweinehalter in Bayern aufgegeben; bei den Zuchtsauenhaltern waren es 13 %. Schlimm ist auch, dass 7 % der Milchviehhalter ihren Betrieb für immer eingestellt haben. Besonders schlimm ist die Situation bei den Schweinehaltern; die haben echt ein schweres Los. Ende 2025 gab es in Bayern noch mehr als 3.000 Schweinehalter. Vor zehn Jahren waren es noch fast doppelt so viele. Das ist ein politisch verursachter Kahlschlag; anders kann man es nicht sagen.

(Beifall bei der AfD)

Das hat natürlich Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette: vom Zulieferer über den Stall bis letztlich zur Ladentheke.

Wenn Schweinehalter verschwinden, fehlen Schlachttiere. Das erzeugt Druck auf die Schlachthöfe, die dann nicht ausgelastet sind. Dazu kommt immer noch mehr EU-Bürokratie, insbesondere die Hygieneverordnungen. Das macht das Wirtschaften für die Schlachthöfe natürlich auch immer schwieriger. Klar ist: Ohne regionale Schlachthöfe gibt es keine kurzen tierschonenden Transporte; für die AfD ist das auch ein wichtiges Anliegen. Regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze verschwinden nach und nach. Das wollen wir natürlich nicht.

Frau Kaniber, seit 2015 ist die Fleischerzeugung in Bayern um 20 % gefallen und beim Schweinefleisch sogar um 25 %. Konkret sieht es in Bayern so aus: Bamberg geschlossen, Aschaffenburg betroffen, Augsburg bei der Schweineschlachtung auch geschlossen. Vion, ein großer holländischer Hersteller, verkauft Standorte hier in Deutschland. Der Schlachtbetrieb in Landshut ist auch infrage gestellt; das haben wir schon diskutiert. Begründung war fehlende Wirtschaftlichkeit; Sie können sich daran erinnern, Frau Högl.

Also warum das Ganze? – Überbordende Bürokratie, steigende Auflagen, zu hohe Gebühren und somit explodierende Kosten. Die Konsequenz ist: Die Schlachtungen verlagern sich innerhalb von Bayern weg von der Region hin zu größeren Struktu-

ren, natürlich auch außerhalb Bayerns und am Ende, wie es immer so ist, auch ins Ausland: Spanien, Osteuropa und die Benelux-Regionen stehen hier im Raum. Die Unternehmen werden da eben von niedrigen Anforderungen und günstigen Kostenstrukturen angezogen. Es ist ja logisch. Wenn man als Unternehmer dieses Angebot bekommt, dann nimmt man es auch an.

Wer zahlt den Preis der ganzen Sache? – Na ja, das sind zuallererst die armen Schweine. Längere Transportwege werden da zur Regel, und das bedeutet Stress, mehr Tierleid und unter Umständen höhere Sterberaten. Wir von der AfD wollen das natürlich nicht.

Letzten Endes besteht auch die Gefahr, dass die Wertschöpfungskette bis hin zur Schweinehaltung ins Ausland verlagert wird. Wir verlieren und haben auch schon unsere Schweinezüchter und Schweinemäster in Bayern verloren.

Wir wollen von der Staatsregierung, dass sie Transparenz schafft und einfach folgende Fragen beantwortet: Wie hat die Transportdauer durch die Schlachthofschließungen zugenommen? Wie hat das Schlachthofsterben die Struktur der gesamten Lieferkette in Bayern verändert? Auch eine interessante Frage: Welche Auswirkungen gibt es auf das Tierwohl und die landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern? Welche Preiseffekte hat es letzten Endes auf die Schweineerzeuger?

Zu guter Letzt ist aus unserer Sicht zu klären, ob die Schweinehaltung langfristig aus Bayern und aus Deutschland herausverlagert wird. Es ist unsere größte Befürchtung, dass wir hier die Wertschöpfung komplett verlieren.

Wenn ich das noch ansprechen darf: Sie haben im Ausschuss gesagt, Sie würden sich um die Schlachthöfe kümmern. Das haben Sie gesagt, aber Sie haben keine konkreten Maßnahmen genannt. Das können Sie nachher tun; ich nehme an, Sie reden dazu.

Wir von der AfD sagen ganz klar: Schluss mit der Politik gegen die eigenen Landwirte. Schluss mit den ideologischen grünen Experimenten. Unsere Metzger und unsere Landwirte gehören zu Bayern und verdienen unsere Unterstützung. Stimmen Sie also unserem Berichtsantrag und unserem Antrag auf eine Expertenanhörung zu.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Die nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Kollegin Dr. Petra Loibl. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

**Dr. Petra Loibl (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mannes, zur Sache: Die zwei Anträge, zu denen wir jetzt sprechen, stammen vom November 2025. Es ging konkret um ein Antragspaket im Kontext "Drohende Schließung des Schlachthofes Landshut". Wir haben im Unterausschuss alle Anträge ausführlich behandelt und Ende Januar abgelehnt. Genau bei diesen Ausschussdebatten habe ich auch Ihre Frage beantwortet.

(Zuruf von der AfD: Nein, haben Sie nicht!)

– Lesen Sie es doch nach!

Welche konkreten Maßnahmen gibt es? – Die Senkung der Schlachttieruntersuchungs- und Fleischhygienegebühren für die kleinen Schlachtbetriebe sind zentrale Maßnahmen, die wir schon eingeführt haben, bevor Sie Ihre Anträge gestellt haben.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Wir waren auch immer noch in Gesprächen mit dem Schlachthof Landshut, und im Übrigen zeichnet sich eine positive Lösung ab.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

So viel also zu Ihrer Frage, und vielleicht ersparen Sie mir dann die Zwischenbemerkung am Schluss.

Zurück zu den Anträgen: Als Tierärztin liegt mir das Wohl der Tiere natürlich aus persönlicher Überzeugung sehr am Herzen. Das ist keine politische Formel, sondern das ist eine gelebte Haltung.

Ich sage Ihnen heute einmal etwas. Wer das Tierwohl wirklich ernst nimmt, stellt keine Anträge, die nichts Neues bringen, sondern er handelt auf der Basis dessen, was wir bereits geregelt, erhoben und debattiert haben und was bereits funktioniert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die beiden Anträge sind nicht zielführend. Mit dem ersten Antrag werden Berichte zu Dingen gefordert, die längst bekannt sind oder zu denen keine Daten erhoben werden können. Mit dem zweiten Antrag wird eine Anhörung zu Fragen gefordert, die längst beantwortet wurden oder die nicht zu beantworten sind. Das ist kein konstruktiver Beitrag zur Tierwohldebatte, sondern das ist ein parlamentarischer und letztlich wirkungsloser Aktionismus, der ablenkt, der Ressourcen belegt und der den Tieren kein bisschen hilft.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dennoch nehme ich mir die Zeit und gehe kurz auf Ihre Anträge ein.

Zum Berichtsantrag "Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl": Wir haben diesen Antrag abgelehnt. Heute werden wir ihn aus fünf Gründen wieder ablehnen.

Erstens. Die Daten, die Sie fordern, haben wir. Alle Behörden analysieren die Daten zu den Transporten, zu den Schlachtstrukturen, zu den Fleischqualitäten ständig, und zusätzliche Berichtspflichten ohne einen klaren Mehrwert binden Verwaltungskapazitäten.

Zweitens. Das Ärgerliche ist, dass das sogenannte Schlachthofsterben im Antrag verkürzt dargestellt wird. Strukturveränderungen haben vielfältige Ursachen, zum Beispiel

wirtschaftlichen Druck, Fachkräftemangel, gestiegene Anforderungen an Hygiene und an Tierwohl. Gleichzeitig entstehen modernere, leistungsfähigere und oft tierwohlgerechtere Strukturen. Des Weiteren berücksichtigen Sie die regionalen Unterschiede in Ihrem Antrag gar nicht. Pauschale Schlussfolgerungen greifen zu kurz. Eine differenzierte Betrachtung wäre notwendig.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir haben gesetzliche Vorgaben zum Tierschutz, zu den Transportzeiten, zu den Schlachthofvorschriften.

Viertens. Eine generelle Zunahme von Tierleid durch längere Transporte ist reine Spekulation, und einzelne Herausforderungen dürfen nicht zu pauschalen Negativbewertungen des gesamten Systems führen.

Fünftens, und das ist mir als Tierärztin auch besonders wichtig: Der Antrag ist absolut auf Problematisierung ausgerichtet, ohne einen einzigen konkreten, umsetzbaren Lösungsvorschlag vorzulegen.

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Eine verantwortungsvolle Politik bedeutet doch, Probleme zu lösen und nicht ausschließlich zu skandalisieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nun kurz zu Ihrem zweiten Antrag "Anhörung zu Auswirkungen von Schlachthofschließungen auf das Tierwohl" ich halte mich kurz –: Ihr Antrag ist nur sieben Zeilen lang. Sie fordern Darstellungen, Erörterungen, Evaluierungen. Ich denke, Darstellungen kann man sich in Eigeninitiative eines Abgeordneten besorgen. Da müssen wir nicht eine Palette von Menschen zusammenführen.

Darstellungen kann man recherchieren. Sie sind öffentlich in allen möglichen Leitlinien, Handlungsempfehlungen, wissenschaftlichen Arbeiten, Projektberichten und letztlich auch als Antworten zu Ihren vielen Anfragen erfolgt.

Erörterungen gibt es in juristischen Kommentaren zu recherchieren. Im Übrigen ist es wie bei den Darstellungen.

Die Evaluierung eines Gesetzes: Wohin führt das denn? – Für die einen ist es zu viel, und für die anderen ist es zu wenig. Man kann es keinem recht machen. Wir sollen also eine Anhörung zu Dingen durchführen, die wir nicht beantworten können.

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Aus diesem Grund – –

(Gerd Mannes (AfD): Die Experten!)

– Ja, die Experten, natürlich. Letztlich müssen wir es aber umsetzen, auch wenn die Experten vielleicht versuchen, das zu beantworten.

Beide Anträge folgen demselben Muster: dramatisierender Titel, emotional aufgeladene Sprache und dahinter kein einziger konkreter Lösungsvorschlag.

Ich sage Ihnen noch etwas: Tiere brauchen keine weiteren Berichte, keine weiteren Anhörungen. Tiere brauchen konsequentes Handeln auf Basis klarer Regeln. Das ist es, was die Staatsregierung tagtäglich leistet, was unsere Behörden leisten, was wir zusammen mit den Landwirten und den Wirtschaftsbeteiligten leisten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Aus diesem Grund lehnen wir Ihre beiden Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, zu einer Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Gerd Mannes, AfD-Fraktion, das Wort.

**Gerd Mannes (AfD):** Ihre Kollegen versuchen jetzt, die Probleme wegzuklatschen. Das klappt natürlich nicht.

(Lachen bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Das sagen die größten Klat-schen der Welt!)

Ich habe es Ihnen schon gesagt: In weniger als zehn Jahren haben wir in Bayern 25 % der Fleischproduktion verloren. Die sind weg. Wenn man sich das so anschaut mit den Schließungen: Dieser Prozess hört ja nicht auf. Im Kern geht es in diesem Antrag darum, wie man das verhindern kann oder was passiert, wenn langfristig die Schlachthöfe, die Schweinehaltung auswandern. Das wollten wir thematisieren. Ich sage Ihnen auch, warum. Sie haben gesagt: die Gebühren senken. Das ist ein guter Schritt. Aber wenn man uns mit anderen, mit Osteuropa, teilweise mit Benelux vergleicht: Wir haben höhere bürokratische Auflagen. Es herrscht nun mal ein Wettbewerb auch zwischen den europäischen Nationen. Da verlieren wir. Es ist doch ganz klar, dass wir es den deutschen Landwirten nicht zumuten können, dass wir sie schlechter stellen als unsere europäischen Nachbarn.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

**Gerd Mannes (AfD):** Im Kern geht es darum.

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Frau Kollegin Dr. Loibl.

**Dr. Petra Loibl (CSU):** Sie haben es in Ihrer Rede selber erwähnt: Wir haben aus den verschiedensten Gründen eine Abnahme der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe. Wir haben aber auch eine Zunahme oder konstante Entwicklung von Tierzahlen. Wir haben einen gewissen Strukturwandel, den wir begleiten. Wir haben in Bayern 1.600 kleinere mittelständische Schlachtbetriebe, die sehr wohl funktionieren. Das, was Sie

hier beantwortet haben wollen, schafft kein Bericht, schafft keine Anhörung, und das löst keinen Strukturwandel.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Paul Knoblach für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Sie haben das Wort.

**Paul Knoblach (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es wäre ein Fehler zu behaupten, es sei zu loben, wenn eine Schlachtstelle schließt. Grundsätzlich ist das nicht zu loben – grundsätzlich. Aber dann geht es auch schon los. Dann müssen wir die Details betrachten. Einige wurden von der Kollegin Dr. Petra Loibl aufgeführt.

Beispielsweise verlieren wir – so kann man das in wissenschaftlichen Berichten lesen – in Bayern kalenderjährlich 2 bis 3 % unserer Tiere durch Schließung von Ställen, Tierhaltungsanlagen, wie auch immer. Das ist der Fall. Auch das muss man nicht loben. Das tue ich auch nicht. Aber es ist im Begriff, es läuft. Schön oder nicht schön, das sind derzeit die Fakten, ob sie uns gefallen oder nicht. Sie sind es. Solche Zahlen wirken sich zwangsläufig auf Auslastungsfragen von Schlachtstätten aus, alle Tierarten betreffend. Auch das kann man nicht negieren. Das ist schon angeklungen.

Jetzt mache ich mal ein konkretes Beispiel. Ich denke jetzt mal an – Sie haben es alle mitbekommen – Wassertrüdingen, Legehennen, Schlachthof Wassertrüdingen, einer von den drei großen und sehr leistungsfähigen Geflügel- oder Legehennen-Schlachtstätten in Deutschland. Ein Drittel der deutschen Schlachtkapazität ist durch die Schließung weggefallen. Das ist ein großes Problem. Aber woher kommt das? – Nicht daher, weil irgendwelche bösen GRÜNEN das verfügt hätten, sondern weil eine Behörde des Freistaats aus gutem Grund verfügt hat: Der Schlachthof muss geschlossen bleiben, bis ganz erhebliche Mängel behoben sind. Dann schauen wir uns das wieder an. Dann kann das unter Umständen weitergehen. – Mein persönlicher

Wunsch wäre es gewesen, der Schlachthof wäre in diese Phase gekommen. Es hat sich leider anders erwiesen.

Es ist auch ein Fakt, dass ein großer Teil der sonst dort geschlachteten Hennen jetzt tatsächlich in Richtung Polen in dortige Schlachtstätten verbracht wird, ein kleinerer Teil nicht so weit, nach Österreich. Das sind keine guten Dinge. Das ist nicht schön. Aber das Detail macht es eben.

Also: Wenn Schlachtstätten schließen, muss man hinschauen. Was ist los? Ist es unter Umständen – das passiert leider, wie ich meine, zu häufig – eine Schlachtstätte mit großem Sanierungsstau, wo – ich sage mal vereinfacht – dreißig Jahre lang kein Nagel mehr eingeschlagen wurde? Da wird man den Schlachthof selbst bei guten Tierzahlen nicht am Netz halten können, weil dann die Sanierungskosten kaum noch zu stemmen sind. Wenn dann ein Schlachthof, der nicht durch hohe Qualität auf sich aufmerksam gemacht hat, geschlossen wird, ist es vielleicht nicht immer der größte Fehler, wenn dadurch gute Schlachtstätten weitergeführt werden können. Ich denke jetzt beispielsweise an den Raum Miesbach oder Waldkraiburg, wo es einen meines Erachtens hervorragend aufgestellten Schlachthof gibt, meines Wissens neuerdings im Besitz eines US-Unternehmens. Dann habe ich dort grundsätzlich beste Voraussetzungen. Prima. Wir hoffen, es geht weiter im Sinne der Herrschaften, die dort ihre Tiere halten.

Ich komme zu dem, was ich mir wünsche. Ich wäre gern bereit, mich mit an den Tisch zu setzen, und sicherlich einige andere auch. Natürlich haben wir, wenn wir in Bayern weiter Tiere halten wollen, und das wollen wir alle, die Verpflichtung, zu gucken, wie wir das weiter hinbekommen. Dann müssen wir aber die Wissenschaft befragen: Wie werden sich die Zahlen weiterentwickeln? Wie viele Tiere werden wir in zehn, zwanzig, dreißig Jahren aus heutiger Sicht noch haben? Was brauchen wir da tatsächlich an Schlachtstätten? Wie bekommen wir dieses vielleicht dünnere Netz dann wirklich hin, um diese Sache auch längerfristig zu gewährleisten? Es geht um große Beträge,

um viele Millionen, wenn neu aufgebaut werden soll, falls das überhaupt durchsetzbar ist.

Das wäre für mich der beste Weg: Nach vorne zu gehen, nicht das zu beklagen, was hinter uns ist, weil das nun mal nicht zu verändern ist. Das wissen wir. Vielen Dank. Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Marina Jakob für die FREIEN WÄHLER. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Herr Ministerpräsident! Wir reden heute zum Thema Schlachthofsterben. Es wäre wichtig, vorher einmal Fakten auf den Tisch zu legen. Wir haben 1.600 Schlachtstätten in ganz Bayern. Kein anderes Bundesland hat so viele Schlachtstätten wie wir in Bayern. Warum haben wir das? – Weil wir engagierte regionale Metzger haben, die vor Ort produzieren und schlachten und die Rinder und Schweine vor Ort den Landwirten abnehmen. Wir haben aber auch hervorragend engagierte Landwirte, die eine Hofmetzgerei betreiben und die so den Kreislauf schließen.

Natürlich verlieren wir in den letzten Jahren Schlachtstätten. Das bedingt der Strukturwandel. Fakt ist auch: Es sind Wirtschaftsbetriebe. Der Freistaat kann nicht diktieren, wo eine Schlachtstätte erhalten werden muss und wo sie geschlossen werden darf. Das ist einfach nicht möglich.

Als Beispiel möchte ich aus meiner Heimatregion die Schlachtung von Schweinen in Augsburg nennen. Augsburg hat seit jeher einen Schlachthof für Rinder und Schweine und hat letztes Jahr die Schweineschlachtung zugemacht. Trotz des großen Einsatzes von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger – hier noch mal ein großer Dank – ist es auch mit Förderungen, mit Vorschlägen für Förderungen, mit innovativen Ansätzen

nicht gelungen, die Schweineschlachtung dort wieder in Gang zu setzen. Warum? – Weil es vor Ort einfach nicht gewollt war. Wenn man es nicht möchte, dort wieder Schweine zu produzieren, dann kann auch die Politik, egal welche Ebene, nicht diktieren, was dort für Tiere geschlachtet werden können.

Was haben wir? – Wir haben engagierte Landwirte vor Ort, zum Beispiel den Betrieb Lena Zimmermann. Die haben jetzt die Hofmetzgerei, eine eigene Schlachtstätte gebaut, lösen dort teilweise auch die Probleme der umliegenden Landwirte und werden dort Lösungen finden.

Also: gemeinsam vor Ort. Wir haben schlaue Landwirte, die Lösungen finden und sich nicht von irgendwelchen Hirngespinnsten der AfD beeindrucken lassen. Jede Woche reden Sie denselben Käse runter, denselben Schmarren, ob es um Windkraft oder Landwirtschaft geht. Jede Woche zeigt wieder: Die Realität ist so weit weg. Irgendwie kommt dann noch ein Satz zu Ihrem Antrag, aber worum es wirklich inhaltlich geht, erwähnen Sie eigentlich nie.

Ihre Anträge enthalten unwahrscheinlich viele Fragen, die so weit weg von jeder Realität sind und vor allem Bürokratie ohne Ende erzeugen. Sie sind immer die, die sagen, wir haben viel zu viel Bürokratie, die müssen wir abschaffen. – Ihre Anträge sind nur bürokratisch und verschaffen ganzen Ministerien Arbeit. Wir lehnen die Anträge ab. Es macht überhaupt keinen Sinn. Es geht um den Tierschutz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es geht um das Tierwohl, und mit bloßen komischen Fragen und einer sinnlosen Anhörung, die überhaupt keine Lösung bringen wird, kommen wir nicht weiter. Deswegen lehnen wir beide Anträge ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Ich habe mir überlegt, welche Auswirkungen eigentlich die AfD auf die Schlachthöfe hat. – Ich bin darauf gekommen, dass die irgendwann leer sein werden, weil die ganzen Migranten, die dort arbeiten, dann weg sind.

(Zuruf von der AfD: So ein Schmarrn!)

Deswegen sind diese Anträge eine hohle Nuss, eine taube Nuss. Es ist nichts dahinter.

(Widerspruch und Unruhe bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Die armen Nüsse können nichts dafür, das muss man jetzt sagen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie als Vertreibungspartei wollen die Migranten ja alle aus unserem Land und ihrer Heimat jagen. Wenn Sie das schaffen würden, dann hätte das, wenn der Schlachthof schließt, natürlich Auswirkungen auf den Landhandel, auf die Bauern, auf die Viehhändler. Niemand hätte mehr Arbeit. Deswegen wiederhole ich noch mal: Sie sind die Partei der Arbeitslosigkeit für Deutschland. Die langen Transportwege sind dann für das Tierwohl umso schlimmer.

(Zuruf des Abgeordneten Oskar Lipp (AfD))

Wie wir jetzt schon gehört haben: Österreich und Polen.

Dann möchte ich jetzt die Kollegin Ruth Müller zitieren, was Ihr eigentliches Ziel ist: Sie wollen – das ist Ihr Ziel – die erste vegane Partei Deutschlands werden. Das hat Frau Ruth Müller gesagt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREI-EN WÄHLER und der GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Martin Böhm, AfD-Fraktion, der hiermit das Wort hat.

(Unruhe)

Alle anderen hören jetzt bitte mal lieber zu.

**Martin Böhm (AfD):** Kollege Scheuenstuhl, es ist schon peinlich, welche Argumentationsketten Sie hier dem Hohen Haus servieren,

(Zurufe: Oh!)

wenn es um ein so ernsthaftes Thema geht.

Ich will noch eine ganz andere Facette einbringen. Die Vielzahl der Schlachthöfe ist natürlich essenziell wichtig für die hundertprozentige Lebensmittelversorgung in einem Land. Das ist auch ein Thema, wenn wir über die Resilienz eines Staates reden. Ernährungssicherheit, hundertprozentige Absicherung bei Weizen, bei Eiern, bei Fleisch, ist ja gerade in Krisenzeiten essenziell. Sind Sie nicht der Meinung, dass Sie mit solchen unqualifizierten Aussagen zu unserem Antrag der Bevölkerung vielleicht keinen Gefallen tun?

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Bitte, Herr Kollege Scheuenstuhl.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Sie als Vertreibungspartei wollen die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Schlachthöfen aus Deutschland vertreiben.

(Widerspruch bei der AfD)

Dann stellen Sie sich hin und sagen wirklich, dass Sie die Schlachthöfe erhalten wollen. Das ist doch lächerlich! Ihre Anträge bieten keine Lösung, sind substanzlos, kraftlos, sinnlos und schädlich für Bayern.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Unruhe bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Der jeweils federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

(Unruhe)

– Bei allem Spaß, den Sie hier offensichtlich überwiegend haben, bitte ich jetzt doch mal wieder um etwas Ruhe. – Der jeweils federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 19/9036 betreffend "Auswirkungen des Schlachthofsterbens in Bayern auf das Tierwohl" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 19/9037 betreffend "Anhörung zu Auswirkungen von Schlachthofschließungen auf das Tierwohl" zustimmen möchte, den bitte ich auch um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.